



Nazwa instytucji

# Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

## Petycja 6 różnych organizacji zawodowych pracowników państwowych w sprawie nowej pragmatyki służbowej z dodatkami za wysługę lat

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 070.009

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



70.9/1

Euer Hochwohlgeboren!

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Beim Beginne der vorjährigen Herbstsession hat die hohe Regierung im Parlamente eine Gesetzesvorlage eingebracht, durch welche der Notstand der verschiedenen Kategorien von Staatsangestellten einigermaßen behoben werden sollte. Im Laufe der Verhandlung ergab sich die Anschauung, daß eine bloße Notstandsaktion nicht genüge und dauernde, abschließende Reformen nötig seien.

Deshalb wurde mit großer Energie an die endliche Perfektionierung der Dienstpragmatik geschritten.

Die seitens der hohen Regierung dem hohen Parlamente unterbreitete diesbezügliche Gesetzesvorlage war jedoch so gehalten, daß die langjährigen, bescheidensten Wünsche der österr. Staatsdienerschaft wieder nicht berücksichtigt wurden. Leider muß aber auch festgestellt werden, daß in den wichtigsten Punkten auch die Beratung in den Subkomitees und die Beschlußfassung im hohen Staatsangestelltenausschusse keine wesentliche Aenderung erzielte. Die ergebenst gefertigten Vereine haben bereits im Herbste den meisten Herren Abgeordneten und insbesondere allen Mitgliedern des Staatsangestelltenausschusses einen Abänderungsvorschlag zum Dienstpragmatikentwurf unterbreitet und wiederholen heute nochmals die Bitte, die einzelnen Parteiklubs wollen diesen Vorschlägen, die teils materieller, teils rein rechtlicher Natur sind, eine größere Berücksichtigung als bisher angedeihen lassen.

Da die Not im Kreise der österreichischen Staatsdienerschaft eine ungeheure ist, sind die Fragen materieller Natur die weitaus wichtigeren. Im Regierungsentwurf ist darauf überhaupt keine Rücksicht genommen worden, doch auch der Beschluß des hohen Staatsangestelltenausschusses, wonach der § 210, Absatz 2 der Gesetzesvorlage dahin abgeändert wurde, daß die übrigen Dienerkategorien mit Triennien von 100 K respektive 120 K vorrücken und nach dem 10. und 20. Dienstjahr einer Alterszulage von je 100 K teilhaftig werden sollen, bedeutet keine Besserung der gegenwärtigen trostlosen Lage. Vor allem ist die Erhöhung des Anfangsgehalmes das Wichtigste und für die soziale Besserung Not-

wendigste. Erst durch diese Reform, die bereits bei allen anderen autonomen Behörden längst durchgeführt wurde, wird die seit Jahren begehrte Erhöhung der Triennien auf 100 K, respektive 120 K wertvoll und eine soziale Besserung. Es ist daher unbedingt nötig, daß statt einer Alterszulage nach dem 10. und 20. Dienstjahre, der Anfangsgehalt erhöht und die Höchstgrenze der Vorrückung mit vorstehenden Triennien, nicht mit 8, sondern mit 11 Stufen festgesetzt werde, wodurch die gedachten Alterszulagen überflüssig würden.

Da nach dem Regierungsvorschlage bei der Einreihung und Vorrückung in die Gehaltsstufen in Zukunft alle Militärjahre und ein Teil der provisorischen Dienstjahre in Anrechnung zu kommen haben, würde das vom hohen Staatsangestelltenausschusse im § 210 beschlossene Achtstufensystem den Militäranwärtern mit 24, den übrigen eventuell mit 24 bis 30 zurückgelegten Dienstjahren jede Vorrückungsmöglichkeit nehmen und müßten die meisten Staatsdiener 16, eventuell 10 Jahre ohne jede Gehaltserhöhung dienen.

Daß eine solche Bestimmung keinesfalls eine soziale Fürsorge bilden kann und im Kreise der Staatsdiener die größte Beunruhigung wachrufen muß, ist leicht erklärlich.

Die Aushilfsdienerfrage, die Angelegenheit der ärarischen Straßenwärter, die Pensionsbestimmungen und anderes ist ebenfalls in keiner Weise einer Beratung oder Reform zugeführt worden. Die wichtigsten Bedürfnisse der österreichischen Staatsdienerschaft wurden auf Grund eines Delegiertentagsbeschlusses in einem Memorandum verfaßt der hohen Regierung unterbreitet.

Die gefertigten Vereine erlauben sich Euer Hochwohlgeboren im Anschluß ein solches Memorandum zu unterbreiten und daran die Bitte zu knüpfen, gütigst nur im Sinne dieses Memorandums wirken und stimmen zu wollen.

Einer gütigen Berücksichtigung dieser Bitte entgegensehend, zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung und Ergebenheit

**I. österr. Staatsdienerverein:**

**Fritz Haßlwanger, Leopold Doppler,**  
Schriftführer. Obmann.

**Verein der staatlichen Aushilfsdiener Oesterreichs:**

**Karl Berger, Rudolf Hörmann,**  
Schriftführer. Obmann.

**Verein der Diener und Aushilfsdiener der k. k. Versatz-, Verwahrungs- und Versteigerungsämter in Wien:**

**Wenzel Buschek, August Machalek,**  
Schriftführer. Obmann.

**Rechtsschutzverein der Militärzertifikatisten Oesterreichs:**

**Josef Valeš, Alois Sammer,**  
Schriftführer. Präsident.

**Vereinigung der Diener der Wiener k. k. Krankenanstalten und der Medikamenten-Eigenregie:**

**Andreas Streitt, Matthias Sekal,**  
Schriftführer. Obmann.

**Verein der k. k. Amts- und Aushilfsdiener des k. k. Postsparkassen-Amtes:**

**Johann Kozel, Othmar Bürstner,**  
Schriftführer. Obmann.